



DER REICHSMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Berlin, den 29. November 1943

Herr Marschall !

Die Botschaft Paris ist am 13. November davon in Kenntnis gesetzt worden, dass Sie, Herr Marschall, noch am selben Tage in einer Rundfunkansprache eine Verfassungsänderung über die Nachfolge des französischen Staatsoberhauptes verkünden wollten. Der von der Französischen Regierung unterbreitete Text sowie der Entwurf der Verfassungsänderung, der von der Deutschen Botschaft nach Berlin übermittelt wurde, traf hier erst kurz vor dem für Ihre Rundfunkansprache vorgesehenen Zeitpunkt ein. Die Reichsregierung war somit nicht in der Lage, das Gesetz vorher daraufhin zu prüfen, ob seine Auswirkungen die berechtigten Interessen Deutschlands als Besatzungsmacht berühren könnten.

Die Reichsregierung hat aber einen Anspruch darauf, dass ihr von allen wichtigen französischen Gesetzen und Verordnungen rechtzeitig vorher Kenntnis gegeben wird. Sie muss daher in jedem Fall ihr Befremden darüber zum Ausdruck bringen, dass ein Akt von

Herrn
Marschall Pétain
Staatschef von Frankreich
V i c h y





von so weittragender politischer Bedeutung, wie ihn die Regelung der Nachfolgeschafft des Staatsoberhauptes während der Dauer des Krieges darstellen kann, ihr erst kurz vor seiner beabsichtigten Verkündung unterbreitet wurde. Die Folge dieses Versäumnisses der Französischen Regierung war denn auch, dass ich mich gezwungen sah, die Verschiebung Ihrer Rundfunkrede zu veranlassen. Soweit dieser Vorgang.

Sie haben nun, Herr Marschall, wie mir gemeldet wird, es für richtig befunden, auf meine Mitteilung über die Notwendigkeit dieser Verschiebung dem Gesandten Krug von Nidda in Vichy eine Erklärung abzugeben, dass Sie bis zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung Ihrer Rede nicht mehr die Möglichkeit hätten, Ihre Funktionen auszuüben. Ferner musste der Gesandte sowohl aus Kreisen der Französischen Regierung als auch aus Ihrer Umgebung hören, dass, falls die Rundfunkansprache und der Verfassungsentwurf in der ursprünglichen Form nicht verkündet werden könnten, Sie sich mit der Absicht trügen, als französisches Staatsoberhaupt zurückzutreten. Des weiteren wurden mir in diesem Zusammenhang Äusserungen aus Ihrer unmittelbaren Umgebung gemeldet, die in ausgesprochenem Gegensatz zur Politik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich stehen.

Diese Mitteilungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich haben mich

nunmehr veranlasst, dem Führer Vortrag zu halten. Der Führer hat mich daraufhin beauftragt, Ihnen, Herr Marschall, in seinem Namen folgendes zu eröffnen :

1.) Der uns vorgelegte Entwurf einer Verfassungsänderung will die künftige Bestimmung des französischen Staatschefs auch während des Krieges in die Hände eines Gremiums legen, das früher einmal die französische Nationalversammlung darstellte. Sie scheinen, Herr Marschall, dabei völlig ausser Acht gelassen zu haben, dass es sich bei dieser Nationalversammlung um dieselbe Körperschaft handelt, die Deutschland im September 1939 ohne den geringsten Grund und trotz der feierlichen noch am 6. Dezember 1938 in Paris ausgetauschten deutsch-französischen Friedensversicherungen den Krieg erklärt hat, und dass ferner ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder dieser Körperschaft unter einem neuen flagranten Bruch unserer vertraglichen Abmachungen, nämlich des Waffenstillstandes, heute wieder gegen Deutschland kämpft.

Die Reichsregierung muss die Absicht des französischen Staatschefs, durch den geplanten Gesetzesakt eine solche Körperschaft wieder in Funktion zu setzen, um damit die Wiederbetätigung von Rechtsbrechern und Verrätern gewissermassen zu legalisieren, als eine unmögliche Zumutung mit Entrüstung zurückweisen.

2.) Die alte Nationalversammlung stellt heute in keiner Weise mehr die legale Vertretung des französi-

schen Volkswillens dar. Während des Krieges sind Wahlen, so wie in anderen Staaten naturgemäss erst recht im heutigen Frankreich, nicht möglich. Eine auf andere Weise gebildete Nationalversammlung könnte aber niemals den Willen des französischen Volkes rechtmässig zum Ausdruck bringen. Es gibt daher zurzeit kein legales Instrument, das die ihr in der Rundfunkrede zugedachte Funktion ausüben und zu dem Zweck von Deutschland anerkannt werden könnte.

3.) Der Vorfall gibt dem Führer die Veranlassung, in voller Klarheit zu der politischen Entwicklung in Frankreich in der letzten Zeit folgendes festzustellen:

Deutschland konnte zumindest seit Montoire erwarten, dass Sie, Herr Marschall, in Erwiderung der grosszügigen Politik des Führers die Verhältnisse in Frankreich nach dem verlorenen Krieg immer mehr konsolidieren und die so oft versprochene Zusammenarbeit mit Deutschland immer fruchtbarer gestalten würden.

Wenn man aber auf die vergangenen drei Jahre deutsch-französischer Beziehungen zurückblickt, so kann nicht bestritten werden, dass diese Erwartungen sich nur bedingt erfüllt und dass Ihre Massnahmen, Herr Marschall, als französischer Staatschef sich leider nur allzu oft dahin ausgewirkt haben, die zweifellos von den beiden Völkern ernsthaft gewünschte und von der Französischen Regierung sicherlich angestrebte freundschaftliche Zusammenarbeit zu erschweren. Der Versuch



DER REICHSMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

2. Bogen

such des verfassungswidrigen Staatsstreiches vom 13. Dezember 1940, bei dem Herr Laval als Regierungschef ausgeschaltet werden sollte mit dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit Deutschland, ja mit der Anschuldigung, er habe mit deutschen Stellen gegen Sie, Herr Marschall, konspiriert, um Sie gelegentlich der Überführung der Gebeine des Herzogs von Reichsstadt nach Paris in eine Falle zu locken und abzusetzen, dann später der Verrat Ihrer Generäle und Admiräle in Nordafrika und die indirekte Beteiligung massgebendster Persönlichkeiten von Vichy an diesem Verrat, der erwiesene Bruch zahlreicher militärischer Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages und nunmehr der neuerliche - letzten Endes wieder gegen Deutschland gerichtete - Versuch einer Verfassungsänderung, um durch Wiedereinschaltung der alten, völlig illegalen französischen Nationalversammlung anscheinend die Brücke zu dem Algierkomité und damit zu den Engländern und Amerikanern zu schlagen, kennzeichnen die Etappen eines Weges, der sich immer weiter von Montoire entfernt.

Dieser ständige Kampf gegen jede positive französische Aufbauarbeit hat aber insbesondere dazu geführt, dass es infolge Ihres permanenten Widerstandes, Herr Marschall, nicht gelang, die massgebenden Posten der Französischen Regierung und Verwaltung mit Männern



Männern zu besetzen, deren loyale Einstellung die Durchführung einer vernünftigen Politik der inneren Konsolidierung Frankreichs sowie der Behebung wenigstens der schlimmsten Erscheinungen sozialer Ungerechtigkeit ermöglicht haben würde.

Aus all diesen Gründen können Sie sich, Herr Marschall, daher nicht wundern, wenn die Reichsregierung Ihre Tätigkeit als französischer Staatschef mit immer steigenden Bedenken beobachtet hat. Die andauernden Schwierigkeiten, die bei der Durchführung einer Politik der wahren Zusammenarbeit mit Deutschland gemacht wurden, und die, wie mir berichtet wird, in den letzten Monaten immer wieder zu inneren Krisen geführt haben, zeigen deutlich eine Einstellung, über deren Ursache und Zielsetzung kaum noch ein Zweifel bestehen kann. Ebenfalls beweist diese ganze Entwicklung in Frankreich eins, nämlich : dass die Politik der obersten französischen Staatsführung in Vichy sich in Bahnen bewegt, die die Reichsregierung nicht billigen kann und die sie als Besatzungsmacht in ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Frankreich nicht gewillt ist, in Zukunft hinzunehmen.

4.) Um den augenblicklich nicht mehr tragbaren Zuständen ein Ende zu machen, muss die Reichsregierung nunmehr an die französische Staatsführung die Forderung stellen :

dass alle beabsichtigten Gesetzesänderungen

in Zukunft der Reichsregierung rechtzeitig zur Zustimmung vorgelegt werden;

dass ferner Herr Laval beauftragt wird, das französische Kabinett in einem für die Deutsche Regierung tragbaren und die Zusammenarbeit gewährleistenden Sinne unverzüglich umzubilden. Diesem Kabinett muss dann die vorbehaltlose Unterstützung durch die Staatsführung zuteil werden;

schliesslich ist die französische Staatsführung dafür verantwortlich, dass sämtliche die ernstliche Aufbauarbeit störenden Elemente aus den massgebenden Posten der Verwaltung usw. sofort entfernt und diese Stellen durch zuverlässige Persönlichkeiten besetzt werden.

5.) Die schnelle Erfüllung dieser Forderung liegt in erster Linie im Interesse des französischen Volkes selbst, das heute infolge Fehlens stabiler Regierungsverhältnisse zum Teil unter einem schweren Mangel sozialer Gerechtigkeit zu leiden hat. In dieser Beziehung brauche ich nur auf die vielfach unhaltbaren Zustände bei der Lebensmittelverteilung, auf das Blühen des Schwarzhandels und zahlreiche sonstige Mißstände hinzuweisen. Ziel des neuen Kabinetts muss es sein, durch eine straffe Regierungsführung und durch Einbau vertrauenswürdiger Persönlichkeiten in die Verwaltung usw. diese Zustände zu beseitigen. Deutschland als Besatzungsmacht hat auch seinerseits ein berechtigtes Interesse daran, dass während des Krieges in seinen Etappengebiete-

ten geordnete Zustände und gerechte Verhältnisse herrschen, und erwartet, dass die Französische Regierung alle Massnahmen ergreift, um dies sicherzustellen. Sollte die Französische Regierung hierzu nicht in der Lage sein, so müsste sich die Reichsregierung weitere Entschlüsse bezüglich der Gestaltung der Dinge in Frankreich vorbehalten.

Wenn der Führer nach dem Siege über Frankreich sich bereitgefunden hat, in diesem von der deutschen Armee besetzten Lande überhaupt eine eigene französische Staatsführung zu dulden und mit ihr Beziehungen zu pflegen, so ist dies ausschliesslich auf die grosszügige Einstellung zurückzuführen, die, wie Sie, Herr Marschall, nicht bestreiten werden, der Führer Frankreich gegenüber vom Augenblick seiner Niederlage an gezeigt hat. Deutschland steht heute in einem harten Kampf um die Existenz Europas gegen den Bolschewismus und die anderen europafeindlichen Mächte, einem Kampf, der nicht zuletzt auch der Erhaltung des französischen Volkes zugute kommt. In diesem Kampf, dessen Blutlast fast ausschliesslich auf den Schultern des deutschen Volkes liegt, muss die Reichsregierung aber kategorisch darauf bestehen, dass die französische Staatsführung die ihr nur dank der deutschen Grosszügigkeit gegebene Autorität aktiv dafür einsetzt, dass dieser Kampf Deutschlands für Europa von französischer Seite nicht erschwert sondern nach jeder Richtung hin erleichtert wird.



DER REICHSMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

3. Bogen

wird. Dabei bitte ich Sie, Herr Marschall, eins nicht zu vergessen :

Der Garant für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Frankreich selbst und damit auch für die Sicherheit des französischen Volkes und seines Regimes gegen Umsturz und bolschewistisches Chaos ist heute einzig und allein die deutsche Wehrmacht. Sie hat diese Aufgabe in der Vergangenheit im Sinne der deutsch-französischen Zusammenarbeit durchgeführt. Ihre Haltung in Zukunft wird abhängig sein von der Haltung Frankreichs. Jedenfalls bitte ich Sie aber, zur Kenntnis zu nehmen, dass Deutschland seine Interessen unter allen Umständen - so oder so - zu wahren wissen wird.

Ich kann nicht annehmen, dass Sie, Herr Marschall, sich der Erkenntnis der sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten verschliessen werden. Sollten Sie sich aber zur Erfüllung der oben verzeichneten deutschen Forderungen ausserstande sehen, oder sollte unsere Ablehnung Ihres gegen die deutschen Interessen gerichteten Gesetzentwurfes Sie bestimmen, sich weiterhin als in Ihren Funktionen gehindert zu betrachten, so möchte ich Ihnen im Auftrage des Führers mitteilen, dass er es ganz
Ihrem



3. Boden

REICHSMINISTER DES INNERN

Ihrem Ermessen anheim stellt, hieraus die Ihnen richtig erscheinenden Folgerungen zu ziehen.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Präsident